

Antrag Nr. 23-F-22-0011

FDP, CDU

Betreff:

Wiesbadener Ergebnisse der Umfrage zum bundesweiten Warntag
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 01.03.2023 -

Antragstext:

Am 8. Dezember 2022 fand der bundesweite Warntag statt. Mit dem Warntag soll neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für staatliche Katastrophenwarnungen auch eine regelmäßige Überprüfung der Warninfrastruktur erreicht werden. Gewarnt wurde u.a. über den sogenannten Cell Broadcast und verschiedene Apps, z.B. Katwarn und NINA. In der Verantwortung der LHW liegen u.a. die zahlreichen über das Stadtgebiet verteilten Sirenen.

Um ein umfassenderes Bild über die Situation zu erhalten, hatte sich das BBK entschieden, den Warntag durch eine Online-Umfrage begleiten zu lassen. Vom 8.-15. Dezember hatten alle Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, ihr Feedback zum Warntag abzugeben und mitzuteilen, über welche Kanäle sie gewarnt wurden. Die Ergebnisse sollten laut BBK auch auf einzelne Kommunen heruntergebrochen werden können. Zeitgleich wurde vom BBK auch eine repräsentative Feldstudie zum Warntag in Auftrag gegeben.
Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Wiesbadener Ergebnisse der Umfrage des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz zum bundesweiten Warntag dem Ausschuss vorzustellen.

Wiesbaden, 02.03.2023

Sylvia Schob
Stadtverordnete

Myriam Schilderoth
Sicherheitspolitische Sprecherin
CDU-Fraktion

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Melanie Völker
Fraktionsreferentin
CDU-Fraktion